

06.06.2008

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

VW-Gesetz: Schneck hat kein Verständnis für Entscheidung der EU-Kommission

Der für Wolfsburg zuständige SPD Landtagsabgeordnete Klaus Schneck hat kein Verständnis dafür, dass die EU-Kommission offenbar gegen die Neufassung des VW-Gesetzes rechtlich vorgehen will. „Das geänderte VW-Gesetz ist konform mit dem EU-Recht, indem es die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom Oktober des vergangenen Jahres eins zu eins umsetzt“, sagte Schneck. „Die Sperrminorität von 20 Prozent ist vom Europäischen Gerichtshof nicht als rechtswidrig eingestuft worden. Es ist völlig unverständlich, weshalb die EU-Kommission mit der unnötigen Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens den Konflikt mit der Bundesrepublik sucht.“

„Die Niedersächsische SPD wird sich für die Durchsetzung des Vorschlages der Bundesregierung für ein neues VW-Gesetz einsetzen. Der Erhalt der Sperrminorität von 20 Prozent ist dabei unverzichtbar“, so Schneck.

Schneck: „Die herausragende Bedeutung des Volkswagen-Konzerns für die niedersächsische Volkswirtschaft und der Schutz der Arbeitnehmerinteressen rechtfertigen gerade vor dem geschichtlichen Hintergrund des Unternehmens den Einfluss des Landes Niedersachsen.“ „Es geht darum, die Arbeitsplätze der über 80.000 VW-Beschäftigten zu sichern und deren Interessen angemessen zu vertreten“, so Schneck weiter.